

## Editorial

Auch die jüngste internationale Klimakonferenz im Dezember 2007 auf Bali hat in der entscheidenden Frage versagt: Konkrete und verbindliche Ziele zur Senkung des Treibhausgas-Ausstoßes festzulegen, um die ultimative Klimakatastrophe, das Ende menschenzutraglicher Lebensverhältnisse auf der Erde zu verhindern. Die Fahrt in die Katastrophe – u.a. ansteigende Meeresspiegel und zunehmende Überschwemmungen; intensivere und länger anhaltende Dürren in den Tropen und Subtropen; häufigere Starkniederschläge; häufigere und heftigere Wirbelstürme; ständig steigende Umweltverschmutzung – könnte weiter gehen.

Diese Studie untersucht die Ursachen und das Ausmaß der Klimazerstörung, die notwendigen Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoff-Emissionen, die politischen und wirtschaftlichen Interessen, die vernünftigen Reduzierungspfade im Wege stehen, und die energiepolitischen Alternativen, die zielführend und realistisch sind. Die Arbeit versteht sich als Diskussionsbeitrag zu einem höchst komplexen und umfangreichen Thema. Dabei konnten sich die Autoren auf eine Fülle von Analysen stützen, die gerade in jüngster Zeit durchgeführt und veröffentlicht wurden, z.B. die Untersuchungen des Weltklimarats (IPCC), des UNDP, von Greenpeace, der Internationalen Energieagentur (IEA), des Weltenergie-rates (WEC) und von PriceWaterhouseCoopers (PWC, ein großes Wirtschaftsprüfungsunternehmen, das auf Fragen der Energiewirtschaft spezialisiert ist). Die gründliche Auswertung dieser und weiterer Untersuchungen führt, glauben wir, zu einem fundierten Diskussionsbeitrag. (Eine detaillierte Untersuchung der IPCC-Studien von Helmut Selinger: Der Stand der weltweiten Klimaforschung – die Ergebnisse des aktuellen IPCC-Berichts ist auf unserer Internetseite veröffentlicht: [www.isw-muenchen.de/download/ipcc-hs.pdf](http://www.isw-muenchen.de/download/ipcc-hs.pdf)).

Im ersten Kapitel werden die gravierenden Mängel des Abkommens von Bali benannt, das zwar von feierlichen Bekenntnissen zur Bedeutung der Klimafrage nur so wimmelt, aber in allen seinen Teilen konkrete Festlegungen vermeidet. Kapitel 2 untersucht die technisch-wissenschaftlichen Ursachen des Treibhauseffekts. Als die größten "Dreckschleudern" erwei-

sen sich Produktion und Verbrauch von Energie. Deutschland, das sich gerne zu den umweltbewussten und "klimafreundlichen" Nationen zählt, weist eine CO<sub>2</sub>-Emission auf, die weit über dem Doppelten des internationalen Durchschnitts liegt. Die 40 Prozent der ärmsten Bevölkerung der Welt sind einerseits an der Klimazerstörung völlig unschuldig, andererseits sind sie ihr erstes und am schwersten getroffenes Opfer.

In Kapitel 3 werden die Zielvorgaben ermittelt, deren Erreichen notwendig ist, um die Klimakatastrophe zu vermeiden. Demnach müssten Industrieländer wie Deutschland ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 reduziert haben. Die Szenarien des Energiewirtschaft-Politik-Komplexes laufen dagegen auf eine Temperaturerhöhung von 5 Grad Celsius bis 2100 hinaus – mehr als das Zweieinhalbfache dessen, was im äußersten Fall erträglich wäre.

Dass es die auf Profitwirtschaft getrimmten Energiekonzerne, ihre Lobby und die Mechanismen der Marktwirtschaft sind, die Wege zu einem Klimaschutz blockieren, wird in Kapitel 4 im Einzelnen nachgewiesen. Bei den marktwirtschaftlichen Programmen handelt es sich ausnahmslos um "Auswege, die in Sackgassen führen".

Im letzten Kapitel werden ausführlich Alternativen erörtert. Die Probleme, die es in der Welt gibt, so zitieren wir Albert Einstein, sind nicht mit der gleichen Denkweise zu lösen, die sie erzeugt hat. Die marktwirtschaftliche, profitorientierte Wirtschaft, die in Menschen nur Kosten- oder Umsatzfaktoren sieht, die auch Investitionen zur Effizienzsteigerung und zur Entwicklung regenerativer Energien nur am Kriterium des schnellen Höchstprofits misst, ist für den ebenso bedeutenden wie sensiblen Energiebereich untauglich. Deshalb müssen die Energiekonzerne so schnell wie möglich in öffentliche, demokratische Kontrolle überführt werden.

Von den dominierenden Kräften des politischen Betriebs ist eine solche Umkehr nicht zu erwarten. Sie muss vielmehr gegen diese Kräfte durchgesetzt werden. Dazu braucht es eine breite Bewegung von den schon aktiven Umweltschutzgruppen bis zu Gewerkschaften, Kirchen, zu allen, denen an Leben und Natur mehr liegt als am Profit.